

## **Beschlüsse der IPPNW-Mitgliederversammlung vom 24. April 2021**

### **Hilfeleistung für die Uranbergbauarbeiter nach Artikel 6**

#### **Atomwaffenverbotsvertrag**

Die IPPNW fordert die Bundesregierung auf, dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) beizutreten. Als ersten Schritt vor diesem Beitritt soll die Bundesregierung dessen Artikel 6 anerkennen und die Opfer des Uranbergbaus in Deutschland entschädigen.

Die Bundesregierung hat in Bezug auf dem ehemaligen Uranbergbaugebiet der Wismut AG in Thüringen und Sachsen bereits Maßnahmen zur Sanierung der Umwelt der kontaminierten Gebiete unternommen. Darüber hinaus wäre die Bundesregierung gemäß Artikel 6 des AVV verpflichtet, in angemessener Weise eine Hilfe, einschließlich medizinischer Versorgung, Rehabilitation und psychologischer Unterstützung für alle Personen zu leisten, die vom Einsatz oder von der Erprobung von Atomwaffen betroffen sind.

Da die Wismut-Bergbauarbeiter für das sowjetische Atomwaffenprogramm Uran abgebaut haben, und diese Atomwaffen zum Teil bei Atomwaffenversuchen zum Einsatz kamen, sind diese Personen berechtigt, Hilfeleistung der Bundesregierung zu erhalten.

#### **Begründung**

Die gesundheitlichen Folgen der radioaktiven Belastung der Wismut-Bergleute ist gut dokumentiert, auch von der IPPNW. Viele erkrankten im Laufe der Jahre an Lungenkrebs. Grund war das Wettrüsten im Kalten Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion. Für das sowjetische Atomwaffenprogramm wurden zwischen 1946 und 1989 über 230.000 Tonnen Uran abgebaut. Die Sowjetunion führte 715 oberirdische und unterirdische Atomwaffentests durch. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Detonation geschah mit Uran aus der Wismut.

Das Deutsche Ärzteblatt hat die jüngsten Daten zur Erkrankungen der Bergarbeiter veröffentlicht ([Dtsch Arztebl Int 2021; 118: 41-8; DOI: 10.3238/arztebl.m2021.0001](#)). Danach war die Lungenkrebssterblichkeit in der untersuchten Kohorte von über 35.000 Beschäftigten der Wismut AG 2,36-fach höher als in der Allgemeinbevölkerung, das Risiko an Silikose bzw. sonstige Pneumokoniose zu erkranken, 22,62-fach erhöht. Auch 20 Jahre nach Betriebsende war die Sterblichkeit bei diesen Todesursachen deutlich erhöht.

Die Schlussfolgerung der Studie liest sich wie folgt: „Für unter Tage Beschäftigte der Wismut AG zeigte sich eine deutliche Übersterblichkeit durch Silikose/sonstige Pneumokoniose und Lungenkrebs.“

Heute gibt es in Deutschland noch lebende Opfer des Atomwaffenprogramms der Sowjetunion durch den Uranbergbau, die keine Kompensation oder Unterstützung der ehemaligen Wismut AG bekommen haben. Die Verpflichtung eines Staates, den Opfern von Atomwaffen auf dem eigenen Hoheitsgebiet zu helfen ist Teil des Atomwaffenverbotsvertrages.

In der Vergangenheit kam es bereits öfters vor, dass Staaten sich an die Inhalte internationaler Völkerrechtsverträge gehalten haben, bevor sie ihnen beigetreten sind. Hier könnte Deutschland mit gutem Beispiel voran gehen, in dem die Bundesregierung Artikel 6 des AVV anerkennt und in dessen Sinne tätig wird.

## **Klimaziele des Pariser Abkommens einhalten**

Die IPPNW Mitgliederversammlung fordert von der zukünftigen Bundesregierung eine konsequente Verfolgung der Klimaziele des Pariser Abkommens. Dies bedingt eine nachhaltige, im Einklang mit Umwelt und Natur stehende Energiewirtschaft, auf der Basis eines sparsamen und effizienten Umgangs mit Energie, einer Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen mit einer möglichst positiven ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Bilanz. Dazu gehören:

- Der schnellstmögliche Ausstieg aus der Gas-, Öl- und Kohleverbrennung sowie aus der gefährlichen Atomenergie
- Die Förderung des Ausbaus einer dezentralen erneuerbaren Energiewirtschaft, die unabhängig ist von fossilen und atomare Rohstoffimporten
- Massive Investitionen in die Forschung und Entwicklung von effizienten Speichertechnologien, Smart Grids und Demand Side Management sowie in Maßnahmen zur Sektorenkopplung, zur überregionalen Vernetzungen und zum sparsamen und effizienten Einsatz von Energie
- Über die nötigen Umbauten in der Energiewirtschaft hinaus ein gesellschaftliches und politisches Umdenken, das Wachstum nicht mehr als Selbstzweck versteht und Konsum- und Mobilitätsverhalten kritisch hinterfragt und nachhaltigere Alternativen erprobt.
- Die sozialverträgliche Beendigung aller klima-, gesundheits- und umweltschädlicher Subventionen.

### **Begründung**

Ohne den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion, gekoppelt an massive Investitionen in Speicher- und Wiederverstromungstechnologien, ist die Energiewende und damit die Einhaltung der Klimaziele von Paris nicht zu bewältigen.

Die Produktion und Nutzung fossiler Energie ist die wesentliche Ursache der Klimakatastrophe. Zudem führt die Abhängigkeit von fossilen und atomaren Energieträgern zu einer Politik, in der wirtschaftliche Interessen militärisch gesichert und durchgesetzt werden und weltweit bewaffnete Konflikte um Rohstoffe geführt werden. Dies ist erst kürzlich durch die Ankündigung der Bundesverteidigungsministerin deutlich geworden, die ein größeres militärisches Engagement zur Sicherung der deutschen Interessen forderte.

Die Atomindustrie, die oft von den selben Großkonzernen betrieben wird, die auch die Gas- und Kohleverstromung betreiben, trägt zudem nachweislich zur nuklearen Proliferation und Aufrüstung bei, da ohne die öffentlich subventionierte Infrastruktur einer zivilen Nutzung der Atomenergie militärische Atomprogramme heutzutage nicht möglich sind. Die zivile und die militärische Atomindustrie sind zwei Seiten der selben Medaille und Atomenergie keine Lösung für die drohende Klimakatastrophe.

Fossile und atomare Energiegewinnung bedrohen die öffentliche Gesundheit - erstere durch schädliche Feinstaubbelastung, Umweltzerstörung und klimaschädliche Gase, die die globale Erwärmung befördern, letztere durch das Risiko atomarer Kernschmelzen und die Freisetzung von ionisierender Strahlung auch im Normalbetrieb. Beide Energieformen fördern den Raubbau an Umwelt und Natur und führen zu schweren Menschenrechtsverletzungen in den rohstoffliefernden Ländern.

Laut einer im Februar 2021 im The Lancet Planetary Health veröffentlichten Studie könnten bis 2040 jährlich 8,2 Millionen vorzeitige Tode verhindert werden, wenn Energiewirtschaft, Ernährung und das Verkehrswesen so umgestellt würden, dass sie im Einklang mit dem Pariser Weltklimaabkommen stünden. Für Deutschland kommt errechnet die Studie jährliche 155.000 bis 165.000 vorzeitige Todesfälle bis 2040, die durch besseren Klimaschutz verhindert werden könnten.

Die IPPNW fordert daher den schnellstmöglichen Ausstieg aus der fossilen und atomaren Energieproduktion und setzt den Warnungen der Energiekonzerne vor einem zu schnellen Kohleausstieg die Erkenntnisse der Scientists for Future entgegen, die wiederholt darauf hingewiesen haben, dass ein rascher Ausstieg nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist.

Drohungen der Energiewirtschaft, dass in Deutschland die Lichter ausgehen, wenn wir zu schnell aus Kohle- und Atomstrom aussteigen, haben sich in der Vergangenheit immer wieder als falsch erwiesen und sind auch aktuell kritisch zu hinterfragen. Es ist eine Frage der Priorisierung von menschlicher Gesundheit gegenüber Profiten, ob wir in der Lage sein werden, den Herausforderungen unserer Zeit mit dem nötigen politischen Willen, dem nötigen gesellschaftlichen Engagement und den nötigen technischen Innovationen zu begegnen oder weiter mit Sachzwängen argumentieren wollen, die erst durch jahrzehntelange politischer Untätigkeit, gesellschaftlicher Verdrängung und Fehlinvestitionen entstanden sind.

Daher spricht sich die IPPNW sowohl gegen die von der Industrie geforderten Verlangsamung des Kohleausstiegs aus als auch gegen den geforderten massiven Neubau von Gaskraftwerken, die vor allem russisches Erdgas oder US-amerikanisches Frackinggas verfeuern würden, und durch die Produktion von klimaschädlichem Methan die Erderwärmung noch nachhaltiger vorantreiben würden als derzeit Kohlekraftwerke.

Eine echte Energiewende bedingt zwangsläufig die Veränderung von Konsum- und Mobilitätsverhalten, z.B. durch Anreize und Kostenregulation zum Einsparen von Energie. Wir dürfen uns nicht der Illusion hergeben, dass wir die Klimaziele erreichen und die Energiewende umsetzen können, ohne dass wir unser Verhalten ändern. Die Erkenntnisse der Klimaforschung erfordern ein gesellschaftliches und individuelles Umdenken und schnelles Handeln, wenn wir die weltweite Klimakatastrophe noch verhindern wollen.